

pax_zeit

2_2017



Internationale Katholische
Friedensbewegung

50 Jahre Besatzung



Der Aktionskongress im März in Frankfurt bewegte viele Menschen, zum Thema Rüstungsexport zu diskutieren. Lesen Sie mehr dazu und zu den vielfältigen Aktionsmöglichkeiten, wie der Rüstungsexport reduziert werden kann, auf den Seiten 12 und 13.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, was möchten Sie in der pax_zeit lesen? Wann macht es Spaß, dieses Heft in die Hand zu nehmen? Zwei Briefe von Leser*innen – siehe Seite 22 – kritisieren Einseitigkeit im letzten Heft. Vielleicht war das so, vielleicht löst es neue Reaktionen aus. Was gefällt Ihnen in diesem Heft? Was denken Sie zum Zwischenruf in Sachen fehlender Protest gegen den Drohnenkrieg? Nehmen Sie die beiliegenden Wahlprüfsteine der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ mit in Ihre Gruppe? Regten die Aktionshinweise auf den Seiten 12/13 Sie zum Handeln an? Schauen Sie auf www.paxchristi.de, um den ganzen Text der Erklärung des Bischofs nachzulesen? Schreiben Sie uns doch mal, was Sie mit der pax_zeit so machen. Wir in der Redaktion freuen uns, Ihre Einschätzung zu erfahren.

Im Schwerpunkt dieser pax_zeit bietet die pax christi-Nahostkommission Einblick in Ihre Arbeit. 50 Jahre Besatzung sind der Hintergrund der Artikelauswahl. Ein umstrittenes Thema, das zeigen die Rechtsstreitigkeiten wegen Mietverträgen für Tagungen zum Thema in Frankfurt und Berlin. Beides keine pax christi-Veranstaltungen, aber ein Thema, das auch pax christi umtreibt.

Mit dem Populismus und seinem Bild vom populus, vom Volk beschäftigt sich Prof. Andreas Lob-Hüdepohl auf den Seiten 10/11. Wo wir auch Ausschnitte aus dem Aufruf des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) „Farbe bekennen für die Demokratie“ dokumentieren. Wollen Sie mehr über die Aktivitäten katholischer Verbände im Bundestagswahlkampf erfahren, lohnt sich ein Blick auf das ZdK-Portal www.zdk.de.

Neu ist in diesem Heft die Präsentation der Meldungen aus den Diözesanverbänden. Es gibt ab jetzt zwei Varianten: eine ganz kurze Information über all die vielen wichtigen Aktivitäten, zu denen uns in der Redaktion Berichte erreichen. Dazu ein Praxis-Tipp. Diese ausführliche Darstellung eines Projektes soll zur Nachahmung anregen und den Austausch zwischen den Diözesanverbänden stärken.

Wo auch immer Sie diese pax_zeit lesen – ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre

Christine Hoffmann

Streit



Das Motto der diesjährigen Ökumenischen Friedensdekade „Streit!“ fordert auf, meinungsbildend in die öffentliche Debatte einzugreifen. Es gilt – in Nachfolge Jesus Christus – sich klar und offensiv vor, bzw. auf die Seite der Schwachen zu stellen, Unrecht anzuprangern, Lügen aufzudecken und gegen den Abbau von Menschenrechten in Deutschland zu protestieren. Viele sind erschrocken über die Entwicklungen in den letzten Jahren: In der öffentlichen politischen Debatte und im Internet werden Menschen verunglimpft. Wer sich für Geflüchtete und Migrant*innen einsetzt, wird verunglimpft, manchmal auch persönlich bedroht. Es werden Lügen verbreitet und gut recherchierende Medien als „Lügenpresse“ beschimpft. Rechtsradikale und Islamisten schrecken nicht vor Anschlägen gegen Menschen zurück. Jetzt gilt es klar Position zu beziehen, Partei zu ergreifen für die Opfer, die Schwächeren und die Menschenrechte. Lasst uns für die gute Sache streiten.



Infos und Aktionen:
www.friedensdekade.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Christine Hoffmann (verantwortl.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber Titelfoto shutterstock.com/Ryan Rodrick Beiler
Gesamtherstellung Ute Begemann, Solingen Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 3_2017: 23.06.2017

Dieser Ausgabe liegen die „Wahlprüfsteine“ der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ bei sowie der Flyer zur Ökumenischen Friedensdekade.

Inhalt

50 Jahre Besetzung

Seite 4
Recht statt Gewalt
Amjad Alqasis

Seite 6
„Empfänger nicht aufzufinden“
Interview mit Anika Aya Alsultan

Seite 8
„Macht schafft Recht“
Adam Keller

Populismus

Seite 10
Wider die antidemokratische Versuchung
Andreas Lob-Hüdepohl

Rüstungsexport

Seite 12
Wie reduzieren wir den Rüstungsexport?
Paul Russmann

Drohnen

Seite 14
Drohnen: Wo bleibt der Protest
Josef Roberg

Aktiv für den Frieden

Seite 16
mutig – christlich – solidarisch
Martin Pilgram / Elena Rother

Ostermärsche 2017

Seite 18
Ostermärsche 2017
Elena Rother

Meldungen

Seite 20
Kurzmeldungen aus den Diözesanverbänden
Markus Weber

Seite 21
Praxis-Tipp
Daniel Kim Hügel

Seite 22
Nachrichten aus dem Bundesvorstand
Josef Roberg

Seite 22
Nachrichten aus den Kommissionen
Odilo Metzler

Seite 22
Leserbriefe

Glaube Perspektive

Seite 23
Fürchtet euch nicht!
Mitri Raheb



Foto: shutterstock.com/Ryan Rodrick Beiler

Für ein Ende der Besetzung

Die pax christi-Nahostkommission fordert gemeinsam mit ihren israelischen und palästinensischen Partnern:

- ein Ende der Besetzung
- die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrechten
- gewaltfreie Konfliktlösungen
- eine israelisch-palästinensische Verständigung
- den Dialog der Religionen

Welche politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Auswirkungen 50 Jahre Besetzung auf den Gaza-Streifen haben, lesen Sie ab Seite 4.

Recht statt Gewalt

Palästina und der internationale Strafgerichtshof

50 Jahre Besetzung: Ist ein Ende der Straflosigkeit in Sicht?

Die pax christi-Nahostkommission setzt sich ein für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Vor dem Hintergrund der „ungeteilten Solidarität“, der gleichgewichtigen Berücksichtigung der Rechte des israelischen wie des palästinensischen Volkes, fordern wir die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten durch alle Konfliktparteien (Beschluss der Delegiertenversammlung von 2010). 2017 jährt sich der Jahrestag der Besetzung Palästinas durch Israel im Jahr 1967 zum 50. Mal. Anlässlich dieses Ereignisses beleuchten wir aus unterschiedlichen Perspektiven, wie sich die israelische Besetzung auf die Menschen vor Ort auswirkt – sowohl in Israel als auch in Palästina. Um aufzuzeigen, wie Völkerrecht und Menschenrechte durchgesetzt werden könnten, lassen wir einen Vertreter der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq zu Wort kommen. 2018 planen wir für den Katholikentag in Münster eine Veranstaltung zu Gaza, dem bekanntesten unter den vergessenen Konflikten.

pax christi-Nahostkommission

Amjad Alqasis

Vor 50 Jahren – im Juni 1967 – besetzte Israel das restliche Palästina des britischen Mandatsgebietes, das sich bis dahin unter jordanischer und ägyptischer Kontrolle befunden hatte. Das betroffene palästinensische Gebiet umfasste das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen. Die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel, die ebenfalls besetzt wurden, wurden später teilweise zurückgegeben.

Nach internationalem Kriegsrecht ist eine Besetzung prinzipiell zulässig, jedoch darf sie nur temporär sein und darf keine permanenten Züge tragen. Israels Besetzung der palästinensischen Gebiete allerdings zeigt viele permanente Züge. Hierzu gehören beispielsweise der Bau und die Erweiterung von israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet, die

Abschaffung von vorhandenen Gesetzen und die Ersetzung derselben durch Militärverordnungen und Vorschriften, die gezielte Vertreibung der besetzten Bevölkerung, die Errichtung einer massiven Sperranlage weitgehend auf besetztem Gebiet sowie die Ausbeutung der natürlichen palästinensischen Ressourcen. Diese völkerrechtswidrigen Handlungen führen langfristig dazu, dass das betreffende Gebiet permanent in das Territorium Israels integriert wird und signalisieren wenig Absicht, dieses Gebiet zurückzugeben. Auch das neueste israelische Gesetz, dass das israelische Parlament am 6. Februar 2017 verabschiedete und das weitere israelische Siedlungen, die auf palästinensischem Land errichtet wurden, rückwirkend legalisiert, dient offenbar diesem Zweck.

Annexion oder Besetzung?

Nach internationalem Recht können die Aktivitäten Israels damit als Annexion und nicht mehr „nur“ als Besetzung angesehen werden. Im Gegensatz zu einer Besetzung ist eine Annexion nach internationalem Recht illegal. Ein wichtiger Schritt dahin, dass Israel geltendes internationales Recht als Besatzungsstaat beachtet, könnte die Einbindung des Internationalen Strafgerichtshofs sein.

Die Vereinten Nationen erwogen seit ihrer Gründung die Schaffung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs zur Ahndung von schwerwiegenden internationalen Straftaten (beispielsweise Kriegsverbrechen). Nach Jahren der Verhandlungen wurde im Juli 1998 das sogenannte Rom-Statut als rechtliche Grundlage für den Internationalen Strafgerichtshof verabschiedet. Laut Präambel des Statuts dient der Gerichtshof dem Ziel, „dass die schwersten Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren, nicht unbestraft bleiben dürfen [...]“. Weiterhin ist die Absicht, „der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen und so zur Verhütung solcher Verbrechen beizutragen“.

Am 1. Januar 2015 trat die palästinensische Autonomiebehörde dem Rom-Statut bei und akzeptierte somit die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Der IStGH bestätigte anschließend die Gerichtsbarkeit rückwirkend zum 13. Juni 2014. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, Israels Besatzungspolitik auf ihre Legalität hin zu prüfen, die palästinensische Autonomiebehörde akzeptierte jedoch auch die Möglichkeit, selbst Gegenstand von Untersuchungen zu werden.

Vorläufige Untersuchung

Am 16. Januar 2015 eröffnete der Staatsanwalt des IStGH eine vorläufige Untersuchung der Situation in den besetzten



Foto: shutterstock.com/Ryan Rodrick Bellier

Die Illegalität der israelischen Blockade des Gazastreifens muss vom Internationalen Strafgericht untersucht werden

Gebieten ab dem 13. Juni 2014. Eine vorläufige Prüfung soll derzeit erörtern, ob hinreichender Tatverdacht besteht und eine formale Untersuchung durchgeführt werden soll. Innerhalb der vorläufigen Untersuchung können Informationen von Staaten, von Organen der Vereinten Nationen, von nicht-staatlichen Organisationen wie Al-Haq sowie von anderen zuverlässigen Quellen herangezogen werden. Für eine solche Untersuchung gibt es keine festgelegte Frist oder Dauer und es obliegt dem Staatsanwalt zu entscheiden, wann ausreichend Informationen gesammelt wurden, um eine Entscheidung fällen zu können, ob eine formale Anklage erhoben werden soll.

Menschenrechtsorganisation wie Al-Haq haben bereits Informationen an den IstGH übersandt, um insbesondere die Illegalität der israelischen Blockade des Gazastreifens sowie den Bau von israelischen Siedlungen, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die israelische Politik der Vertreibung vom IstGH untersuchen zu lassen.

Ausgang offen

Auch wenn der Ausgang dieser Untersuchung offen ist, ist allein die Aufnahme der Ermittlungen ein Zeichen, dass

Rechtmäßigkeit weiterhin das universell führende Prinzip sein kann und soll. Denn die weitgehende Stille der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf mögliche Verletzungen internationalen Rechts durch Einzelstaaten mündet langfristig in eine Abwertung des Völkerrechts insgesamt.

Es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, dass das internationale Völkerrecht nicht nur als Papiertiger gesehen wird, sondern als ein Rechtssystem respektiert wird, das Verpflichtungen wie die Einhaltung von internationalem Recht und Menschenrechten schafft.

Der Internationale Strafgerichtshof kann und muss dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Amjad Alqasis absolvierte einen Master (LLM) in Völkerrecht und ist Menschenrechtsanwalt und Mitglied des Netzwerkes für Rechtsberatung von BADIL, dem Ressourcencenter für palästinensische Aufenthalts- und Flüchtlingsrechte. Seit August 2014 arbeitet er als Berater für die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq.

„Empfänger nicht aufzufinden“

Leben unter Besatzung in Gaza



Foto: shutterstock.com/Ryan Rodrick Beiler

Die Situation im Gazastreifen verschlechtert sich für die Bewohner*innen fortwährend

Anika Aya Alsultan lebt seit 2010 mit ihrem Mann und ihren sechs Kindern in Beit Lahiya, einem Fischerdorf im Norden des Gazastreifens. Seit 2005 hat Israel zwar seine Armeestützpunkte in Gaza geräumt, kontrolliert aber nach wie vor die Außengrenzen und den Personen- und Warenverkehr auf der nördlichen und östlichen Landseite, der westlichen See-seite sowie indirekt den Personenverkehr über Videoschaltung auf der Südseite. Die pax_zeit führte mit Anika Aya Alsultan ein Interview zur ihrer Lebensrealität unter Besatzung. Das erste Gespräch musste vertagt werden: Die wenigen Stunden Strom, die die Menschen im Gazastreifen am Tag haben, musste Anika Aya Alsultan dringender für Wäsche waschen und Brot backen verwenden.

Frau Alsultan, wie erleben Sie das Leben unter Besatzung?

Als ich 2010 mit meinem Mann und meinen Kindern hier ankam, wusste ich, worauf ich mich einlasse, wir waren davor zweimal jeweils für ein halbes Jahr zu Besuch gewesen. Trotzdem war es natürlich etwas anderes, dann wirklich hier zu leben. Die Menschen sind unglaublich freundlich, ich wurde auf so herzliche und liebevolle Art aufgenommen und man hat es mir wirklich einfach gemacht, mich hier zu integrieren. Trotzdem leben wir natürlich unter Besatzung. Alles ist knapp: Wir haben nur wenige Stunden Strom am Tag, das Wasser wird immer salziger und es gibt bereits Gerüchte, dass es bald auch weniger wird. Es mangelt an Medikamenten,

Benzin und Baustoffen. Lebensmittel werden oft teurer, vor allem wenn es Engpässe gibt. Fast am schlimmsten ist aber die mangelnde Bewegungsfreiheit, Reisen ist für „Normalsterbliche“ quasi unmöglich – wir sind hier wie in einem großen Gefängnis eingesperrt und können nicht raus. Auch ich war seit 2010 nicht mehr in Deutschland. Natürlich würde ich gerne meine Eltern und meine Geschwister sehen, aber wer garantiert mir denn, dass ich nach einem Besuch in Deutschland auch wieder zurück kann?

Wie gehen die Menschen in Gaza mit dieser Situation um?

Gaza ist durch die Abriegelung wie eine Insel. Das hat auch positive Seiten, die Bewohner*innen sind wie eine große Familie. Ganz selbstverständlich stehen hier die Türen immer offen für Menschen, die Unterstützung brauchen. Man hilft sich gegenseitig, der Familienzusammenhalt und die Gemeinschaft sind sehr viel enger als in Deutschland. Und wann immer akute Not herrscht, rücken die Familie und Nachbarn noch enger zusammen.

Israel hat die Grenzen nach Gaza geschlossen, man hört öfter, dass dies keine wirkliche Besatzung wäre, denn es gäbe keine Soldaten mehr in Gaza. Wie sehen Sie das?

Nein, wir sehen hier nie Soldaten. Aber wir sehen Drohnen, die regelmäßig über unseren Köpfen schwirren. Und leben hier in einem Fischerdorf, wir wachen täglich morgens, wenn das

Fakten zum Gazastreifen

- ▶ Fläche: 360 km² (40 km lang, 6 bis 14 km breit. Davon sind 4 Kilometer Dünenstreifen; Grenze im Süden zu Ägypten, restliche Grenzübergänge israelisch kontrolliert)
 - ▶ Einwohner*innen: fast zwei Millionen, davon sind 2/3 Flüchtlinge; 80 Prozent der Bevölkerung brauchen internationale humanitäre Hilfe. Gaza Stadt hat die zweit-höchste Bevölkerungsdichte unter den Städten weltweit.
 - ▶ 80 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenquote ist die höchste weltweit: Erwachsene: 43 Prozent, Jugendliche: 60 Prozent
 - ▶ In den letzten 10 Jahren erlebte die Bevölkerung drei Kriege.
 - ▶ Seit 2007 praktiziert Israel eine Abriegelungs- und Blockadepolitik. Die Blockade reduzierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 50 Prozent.
 - ▶ Haushalte in Gaza sind durchschnittlich 12-16 Stunden ohne Strom.
 - ▶ 96 Prozent des Wassers in Gaza ist für den Gebrauch nicht geeignet.
 - ▶ Israel hat seit dem letzten Krieg gegen Gaza 2014 ca. ein Prozent Baumaterialien des benötigten Materials zum Wiederaufbau die Grenzen passieren lassen (2015).
 - ▶ Besonders viele Kinder und zahlreiche Erwachsene leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen.
- (Stand April 2017)

israelische Militär die Fischer beschießt, mit dem Geräusch von Gewehrfeuer auf und schlafen abends auch wieder damit ein. Man spürt die Besetzung, ohne sie zu sehen – es ist ein bisschen wie bei Big Brother, man hat das Gefühl, ständig beobachtet zu werden.

Man spürt die Besetzung – was meinen sie damit?

Naja, hier wird ja auch immer wieder bombardiert. Davor nimmt oft ein mulmiges Gefühl immer mehr zu – die Menschen hier haben einen gewissen sechsten Sinn entwickelt. Außerdem lebt man intensiv in dem Bewusstsein, dass das israelische Militär alles von einem weiß und jederzeit Zugriff auf dich hat. Man ist sich dessen ständig bewusst, auch wenn man die Soldaten nicht sehen kann.

Außerdem sind wir völlig der Willkür der israelischen Politik ausgeliefert, Israel macht mit den Leuten, was es will. Das drückt sich in jedem Lebensbereich aus: Seit ungefähr einem Jahr kommen die Pakete, die meine Mutter uns regelmäßig geschickt hat, nicht mehr an. Die ersten hat sie noch zurückbekommen, mit dem Vermerk „Empfänger nicht aufzufinden“. Wir sind aber gar nicht umgezogen; von einem auf den anderen Tag wurden einfach keine Pakete mehr nach Gaza geliefert. Wie hier im Kleinen sind wir auch im Großen völlig machtlos, bei wem sollten wir uns auch beschweren? Eigentlich verschlechtert sich die Situation fortwährend seitdem wir

hier angekommen sind, es ist als würden die Zügel noch einmal mehr angezogen.

Im Gegensatz zu vielen anderen hätten Sie die Möglichkeit, auch in Deutschland zu leben. Wieso verlassen Sie den Gazastreifen nicht?

Es ist vielleicht schwierig nachzuvollziehen, aber hier ist unser zu Hause, meine Kinder kennen kein anderes Leben. Und sollten wir den Rest unserer Familie zurücklassen, Großeltern, Tanten und Onkel? Zudem habe ich ein tiefes Gottvertrauen – was mir zustoßen soll, passiert, ob ich in Gaza bin oder in Berlin. Ich lebe bewahrt und behütet unter Gottes Schutz, egal auf welchem Fleck der Erde.

Was bringt die Zukunft also? Und was wünschen Sie sich?

Zunächst wird es jetzt erst einmal weiter bergab gehen, und ja – es geht bestimmt noch schlimmer. Aber wenn es dann ganz schlimm geworden ist, dann wird es auch wieder besser werden. Und dann hoffe ich auf einen gerechten Frieden, für Gaza und für die Region.

Das Interview führte die pax christi-Nahostkommission.

„Macht schafft Recht“

Was haben 50 Jahre Besetzung mit der israelischen Gesellschaft gemacht?



Foto: shutterstock.com/mattogol

Die israelische NGO B'Tselem macht es sich seit 1989 zur Aufgabe, Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten nachzuweisen und zu einer humaneren Gesellschaft beizutragen.

Adam Keller

Hebron, 24. März 2016 – der 19-jährige israelische Soldat Elior Azaria richtet seine Waffe auf einen am Boden liegenden, entwaffneten und schwer verletzten palästinensischen Attentäter und tötet ihn aus nächster Nähe mit einem Kopfschuss.

Im Fall von Elior Azaria geht die öffentliche Reaktion weit über alles bisher Dagewesenen hinaus. Unmittelbar nach Veröffentlichung des Filmmaterials durch die Menschenrechtsorganisation B'Tselem ergreift ein beunruhigend großer Teil der israelischen Öffentlichkeit – man kann sagen, die Mehrheit – Partei für Azaria. Viele sehen in ihm einen Helden. Viele weisen kurzerhand alle Anschuldigungen gegen ihn zurück und fordern seine Freilassung, die Einstellung des Gerichtsverfahrens oder seine sofortige Begnadigung.

Vergeblich verweist der israelische Armeechef, Gabi Ashkenazi, auf die Einsatzregeln der israelischen Armee. Soldaten ist es selbstverständlich erlaubt – sie sind sogar verpflichtet – einen Feind zu bekämpfen, der eine Bedrohung darstellt; nach einer Entwaffnung aber ist es strikt untersagt, ihm weiter Schaden zuzufügen.

Militarisierung der israelischen Gesellschaft

Vergeblich betonen Generäle wiederholt, dass „die Reinhaltung der Waffen“ einen wichtigen moralischen Wert der israelischen Streitkräfte darstelle. Ein großer Teil der israelischen

Öffentlichkeit tut dies als irrelevant für die „Realität vor Ort“ ab – „ein Terrorist bleibt ein Terrorist, ein Soldat, der einen Terroristen tötet, sollte belobt und nicht strafrechtlich verfolgt werden. Soldaten sollten keinen Anwalt konsultieren müssen, bevor sie abdrücken“.

Progressive Israelis waren in den letzten Jahren oft besorgt über die Militarisierung der israelischen Gesellschaft und die extreme Verehrung der Streitkräfte. Generäle genießen in öffentlichen Diskussionen eine sehr viel höhere moralische Autorität als zivile Politiker (weshalb politische Parteien sie gerne als Kandidaten bei Wahlen aufstellen).

Niemals zuvor hat die israelische Öffentlichkeit so deutlich mit dieser Hochachtung vor Generälen gebrochen. Unter anderen Umständen wären Verfechter von Basisdemokratie über eine derartige Entwicklung hoch erfreut gewesen. Allerdings nicht, wenn dies bedeutet, jedem israelischen jungen Menschen in Uniform eine uneingeschränkte Lizenz zur Hinrichtung jedes beliebigen Palästinensers zu geben, den er für „einen Terroristen“ hält. Unter diesen Umständen fühlen sich progressive Israelis dazu gedrängt, das Oberkommando der israelischen Streitkräfte als letzten Hüter moralischer Werte zu verteidigen.

Mitleid mit Underdogs

Im Vergleich zu den frühen Jahren Israels wird deutlich, welcher grundlegenden Wandel wir durchlaufen haben. Heutzutage



Foto: shutterstock.com/Salvador Aznar

Soldat*innen prägen das öffentliche Bild in Israel. Mehr als 170.000 Frauen und Männer dienen den israelischen Streitkräften.

erinnert sich kaum noch jemand daran, dass der Zionismus und das junge Israel in den 1940er und frühen 1950er Jahren sehr stark links geprägt waren. Vermutlich hätten viele Menschen, die heute dazu neigen, die palästinensische Sache zu unterstützen, sich damals für Israel eingesetzt, und dies aus demselben Grund: dem Mitleid mit den Underdogs. Ein kleiner David, der aus dem fürchterlichsten Genozid der Geschichte hervorging und allen Widrigkeiten zum Trotz eine neue Nation schafft.

Im Rückblick kann man diese Position natürlich als scheinheilig bezeichnen. Die Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser*innen begann nicht erst 1967. Die Kibbuz-Bewegung wurde von vielen jungen Juden und nicht-Juden bewundert, die dort Freiwilligendienste leisteten – unter anderem dem jungen Bernie Sanders. Dabei wurde geflissentlich übersehen, dass diese egalitären, utopischen Gemeinschaften ausschließlich jüdisch sind und vielfach auf Land aufgebaut wurden, dessen ursprüngliche arabischen Bewohner*innen in Flüchtlingslager auf die andere Seite der Grenze verfrachtet worden waren.

Harter Kurs

Heute sind Israelis immer mehr von der schonungslosen Anwendung von Gewalt überzeugt. „Macht schafft Recht“. Sie glauben, dass diese Macht für ewig auf ihrer Seite sein wird. Ist dies unumkehrbar? Ist Israel dazu verdammt, bis ans bittere Ende dieses harten Kurses zu gehen – mit der Waffe in

der Hand zu leben, immer repressiver, paranoider und fremdenfeindlicher zu werden, vereinnahmt von ausgesuchten Rassisten und Semi-Faschisten, abgelehnt von anständigen Menschen? Oder können wir im letzten Moment das Ruder herumreißen, indem wir aufhören, Besatzer und Unterdrücker zu sein, indem wir Frieden schließen mit den Palästinenser*innen und der arabischen Welt und danach streben, nur das zu sein, was wir bei der Gründung Israel für uns beansprucht haben?

Es war der unsägliche Trump, der bei seinem ersten Treffen mit Netanyahu sagte, dass er nicht weiter auf eine Zwei-Staaten-Lösung bestehe. „Ein Staat, zwei Staaten, egal was ihr und die Palästinenser vereinbart“, waren seine Worte. Diese Worte des US-Präsidenten enthalten ein Körnchen Wahrheit.

Das symbolische Datum des 5. Juni 2017 ist vielleicht die letzte Chance, darüber nachzudenken und sich zu entscheiden, welche Zukunft Israelis für ihre Kinder und Enkel möchten.

Der Journalist, freiberufliche Übersetzer und Friedensaktivist Adam Keller, 1955 in Tel Aviv geboren, ist Gründungsmitglied von Gush Shalom, einer israelischen Friedensinitiative, die sich für einen dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern einsetzt.

Wider die antidemokratische Versuchung

„Populismus wird immer populärer“

Andreas Lob-Hüdepohl

Populismus wird immer populärer. Warum auch nicht, werden sich manche fragen, denn bedeutet Populismus nicht eine besondere Nähe zum Volk? Und was spricht dagegen, wenn Populisten dem Volk genau „aufs Maul schauen“, um dessen Positionen und Probleme aufzugreifen und in Prozessen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung authentisch zu Gehör und zur Geltung zu bringen?

Eigentlich nichts, denn von solchen „Transportleistungen“ politischer Akteure lebt gerade auch eine parlamentarische Demokratie. Sie lebt nämlich davon, dass ihre Mandatsträger (sic!) als die Repräsentanten des Volkes für die unterschiedlichen Interessen und Standpunkte in den politischen Aushandlungsprozessen eintreten und sich gegebenenfalls um Interessenausgleiche und Kompromisslösungen bemühen, damit es fair, gerecht und natürlich auch solidarisch in unserer Gesellschaft zugeht.

Aber genau diese urdemokratische Funktion übernehmen Populisten gerade nicht. Wenn sie wirklich dem „Volk aufs Maul“ schauen würden, müssten sie auf sehr viele und vor allem auf oftmals widerstreitende „Mäuler“ schauen. Denn das Volk ist nur im Plural zu haben – und zwar nicht nur im Plural unterschiedlicher Interessengruppen, die zu koordinieren sind, sondern im millionenhaften Plural einer Bevölkerung, deren jedes einzelne Mitglied in seiner Einzigartigkeit und menschlicher Würde zu achten ist und gegen Übergriffe anderer geschützt werden muss – in welcher Form auch immer. Das ist die Verfassungsgrundlage unseres Staates und unserer Gesellschaft. Deshalb die verbindlichen Rechte, Regeln und Verfahren; deshalb die Mühe mitunter komplizierter Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse.

Populisten kennen kein pluralistisches Staatsvolk

Populisten dagegen gilt aber jeder Hinweis darauf als bloße Schutzbehauptung gesellschaftlicher Eliten, die lediglich um ihre Privilegien fürchten. Mehr noch: Er ist in ihren Augen nachgerade Verrat an der Idee und der Souveränität des einen Volkes, das an der unmittelbaren und unverfälschten

Ausübung seines Willens gehindert wird. Dass es sich bei diesem Volkes Willen keinesfalls um den gemeinsamen Willen einer faktisch sehr heterogenen Bevölkerung handelt, sondern nur eines oftmals sehr kleinen Teils der Gesellschaft handelt, stört Populisten nicht. Denn ihr Volk ist kein demos, sondern ein ethnos; ein Volk also, dass durch abstammungsmäßige, kulturelle oder sonstige Einheitlichkeit gebildet wird; eine Einheitlichkeit, die auch die wichtigsten Interessenlagen der Bevölkerung homogenisiert; die deshalb nicht umständlich ermittelt werden muss, sondern unmittelbar das politische Handeln bestimmen kann.

„Die Populisten“, merkte kürzlich eine Pensionistin aus Österreich, deren ganze Familie dem Holocaust zum Opfer gefallen ist, in einer weltweit berühmt gewordenen Videobotschaft an, „holen immer nur das Niedrigste aus uns Menschen heraus.“ Wohlgermerkt: Die Wiener Rentnerin spricht von allen Menschen, aus denen das Niedrigste herausgeholt werden kann.

Viele erfahren Niederlagen, Enttäuschungen oder Zukunftsängste. Und in Zeiten großer Umwälzungen und tiefer Unsicherheiten sind die Gewinn- und Verlustseiten in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt.

Aggressive Stimmungsmache statt konstruktiver Mitarbeit

Kaum jemand dürfte gegen die Versuchung gefeit sein, wenigstens da und dort durch Wut und Empörung seinen Ängsten, Enttäuschungen oder Kränkungen Luft zu verschaffen. Aber anstatt solche Wut und Empörung in konstruktive Mitwirkung oder auch in demokratischen Protest zu übersetzen, heizen Populisten solche Stimmungen noch an und wenden sie in aggressiver Weise gegen das „Establishment“, gegen die Eliten in Wirtschaft, Kultur und neuerdings auch in Wissenschaft, gegen alle Repräsentanten des verhassten Systems oder ganz allgemein „gegen die da oben“.

Oder, was noch schlimmer ist, sie lenken und steigern die negative Stimmung gegen all die, die noch schwächer sind, die sich nicht wehren können oder die sich aus anderen Gründen als Sündenböcke eignen. Das ist das besondere Kennzeichen



Haltung zeigen für eine starke Demokratie

Worauf es jetzt ankommt

Unsere Kultur und unsere rechtsstaatliche Demokratie sind stark, wenn wir sie entschieden vertreten und entschlossen verteidigen. Wir wissen aus unserer Geschichte, dass demokratische Freiheiten missbraucht werden können, um die Demokratie selbst zu zerstören. Und wir wissen auch, dass Demokratie durch eine schweigende Mehrheit in Gefahr geraten kann.

Als katholische Christinnen und Christen rufen wir deshalb dazu auf:

- Sorgen Sie in Kirchengemeinden, Vereinen, am Arbeitsplatz oder in den Parteien für ein Klima, in dem offen und ehrlich über die Fragen und Sorgen der Menschen gesprochen werden kann!
- Beteiligen Sie sich am fairen, argumentativen Ringen um die besten Lösungen auf der Basis gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Achtung!
- Widersprechen Sie mit aller Entschiedenheit jedem Versuch, auf die Herausforderungen unserer Gegenwart mit Ausgrenzung, Hass und Hetze zu reagieren! Parteien, die dies propagieren, sind nicht wählbar.
- Bringen Sie Ihre Stimme für die Demokratie zu Gehör! Wir alle sollten nicht nur über die Bedrohungen und das, was besser werden muss, reden, sondern auch über den Schatz und das Potenzial einer über Jahrzehnte gewachsenen demokratischen Kultur in unserem Land.
- Gehen Sie zur Wahl – für demokratische Programme und gegen die populistische Zerstörung unserer Demokratie!

Auszug aus dem Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – ZdK am 5. Mai 2017

des Rechtspopulismus. Er schürt nicht nur Ressentiments gegen alles Andere oder Fremde, gegen Geflüchtete oder Andersgläubige, gegen Langzeitarbeitslose oder Wohnungslose, gegen Schwule und Lesben usw., sondern er wertet die betroffenen Menschengruppen pauschal als minderwertig ab. Rechtspopulisten leugnen das demokratische Basisprinzip der Fundamentalgleichheit aller Menschen. Sie fordern und fördern zwar Solidarität – aber nur zwischen denjenigen, die immer schon dazugehören; eben exklusiv.

Die Demokratie hält Populismus aus, die Betroffenen nicht

Zwar mag unsere Demokratie durchaus ein gutes Maß an Populismus, selbst an Rechtspopulismus vertragen. Für die Ausgegrenzten und Stigmatisierten, für die Gehassten und Angefeindeten ist aber jedes Quäntchen Populismus, zumal vom Rechtspopulismus, ein Quäntchen zu viel. Allein deshalb muss Populismen aller Art entschieden entgegengetreten werden. Dabei ist sehr sorgfältig darauf zu achten, dass man nicht in den Modus der Populisten verfällt. Demokratisch muss die Auseinandersetzung verlaufen, und das heißt auch, für Kritik an den etablierten Strukturen und Verfahren unserer Demokratie offen zu sein und das Berechtigte durch Veränderungen aufzugreifen.

In einer bemerkenswerten Studie stellte die Europäische Kommission schon 2004 fest: „Während Rechtspopulisten zu Recht als Bedrohung der repräsentativen Demokratie gesehen werden, können die Gründe für ihren Erfolg teilweise in den undemokratischen Bedingungen der gegenwärtigen europäischen Gesellschaften auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, aber auch auf der Ebene der Europäischen Union gefunden werden.“ So zeigt sich: Populisten greifen zwar mitunter die richtigen Fragen auf, geben ihnen aber gefährliche Antworten. Lenken wir deshalb die Antworten in eine demokratische, humanitätsverträgliche und übrigens darin auch christliche Alternative!

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl ist katholischer Theologe an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, Mitglied der Kommission Justitia et Pax und Mitglied des deutschen Ethikrates.

Wie reduzieren wir den Rüstungsexport?

Aktionskonferenz 2017 – Stoppt den Waffenhandel!



Foto: Eugen Wehner

Das Sprecher*innenteam der Aktion Aufschrei

Paul Russmann

Die pax christi-Kommission Rüstungsexport richtete am 3. und 4. März 2017 in Frankfurt am Main die „Aktionskonferenz 2017 – Stoppt den Waffenhandel!“ aus. Ziel der Konferenz war es, die Aktionen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zu präsentieren, die die deutsche Rüstungsexportpolitik zum Thema im Bundestagswahlkampf machen werden.

Während des Wahlkampfes stehen zwei Aktionen im Mittelpunkt, an denen sich alle Gruppen beteiligen können. Bitte denkt stets daran, die Presse zu informieren und nachher Fotos hinzuschicken!

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ruft alle Gruppen dazu auf, mit möglichst vielen Kandidat*innen, die eine gute Chance auf einen Sitz im neuen Parlament haben, während des Wahlkampfes die Wahlprüfsteine der Kampagne zu diskutieren.

Für die Zeit vom 10. bis zum 16. Juli 2017 rufen die ökumenische Aktion „Ohne Rüstung Leben“ und „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zu einer Aktionswoche gegen deutsche Rüstungsexporte auf. Mit einstündigen Transparentaktionen

Dem Ritus der Gewalt widersprechen

Als Vertreter von Papst Franziskus in Deutschland wünschte Erzbischof Dr. Nikola Eterovi der Aktionskonferenz in einem Grußwort einen guten Verlauf. Darin heißt es u.a.: „Die Zunahme der gewalttätigen Auseinandersetzungen führt dazu, dass die Waffenproduktion und deren Exporte zunehmen und einen Ritus der Gewalt schaffen, dem entschieden widersprochen werden muss. Von jeher haben sich katholische Verbände in Deutschland und ausdrücklich pax christi in Anlehnung an die Bergpredigt des Herrn dafür eingesetzt: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Es geht dabei nicht um ein verklärtes Weltbild, sondern um den Einsatz für den Mehrwert des Lebens, das religiös, sozial, kulturell und solidarisch auf das Gute hin angelegt ist. Jede Gewalttat daher eine Verweigerung des Guten!“ Den gesamten Wortlaut finden Sie auf www.paxchristi.de

an möglichst vielen Orten können Sie unserer Forderung „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ öffentlichkeitswirksam Nachdruck verleihen. Die Beteiligung ist simpel: Eine Stunde lang mit dem Transparent an prägnanten Orten stehen – z.B. vor Grenzübergängen oder Rüstungsfabriken. Mehr Informationen dazu unter: www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen

Für die neue Bundesregierung – wie immer sie aussehen mag – wird unter Federführung der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK auch schon eine Aktion für das Jahr 2018 vorbereitet. „Frieden geht“ ist das Motto des Staffellaufes von Oberdorf nach Berlin im Frühsommer 2018. Begleitet wird dieser Staffellauf von künstlerischen Events entlang der Route. Damit stärken wir auch die Zusammenarbeit mit Musik, Theater und anderen Kulturschaffenden.

„Jetzt mal Klartext“

Rund 200 Teilnehmer*innen konnte pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann beim öffentlichen Tagungsauftritt in der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen zur Diskussion mit Expert*innen aus Forschung und Politik begrüßen. „Jetzt mal Klartext: Wie reduzieren wir den Rüstungsexport?“ war der Tenor der von Andreas Zumach moderierten Gesprächsrunde mit Dr. Simone Wisotzki (GKKE),



Foto: Eugen Wehner

Kreativer Protest auf dem Frankfurter Römer

Omid Nouripour (MdB Bündnis90/Die Grünen), Alexander Lurz (Büro des Linken-Abgeordneten Jan van Aken), Aufschrei-Rechtsanwalt Holger Rothbauer und Aufschrei-Sprecher Jürgen Grässlin (DFG-VK).

Auf dem Campus der Hochschule war noch einmal die Ausstellung „Die sieben Goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexports!“ zu sehen, die schon 2016 vor dem Deutschen Bundestag exemplarisch die sieben Profiteure deutscher Rüstungsexporte beim Namen nannte. Sie zeigt die überdimensionierten Nasen-Profile der für die tödlichen Geschäfte verantwortlichen Personen in den Unternehmen Heckler & Koch, Krauss-Maffei-Wegmann, ThyssenKrupp Marine Systems, Rheinmetall, Airbus Defence & Space, Diehl-Defence und der Daimler AG.

Strategien und Planspiele

Workshops von Expert*innen aus der Kampagne gaben Hintergrundinformationen und stärkten die Vernetzung untereinander. Dabei ging es um zentrale Fragen und interessante Antworten oder Suchbewegungen: Wie stark sind die demokratische Kontrolle und die Informationsrechte beim Rüstungsexport? Wie gestalte ich ein Planspiel oder gewaltfreie Aktionen gegen Waffenhandel? Was sind die Strategien gegen Fluchtursachen? Wie stoppen wir den Export von



Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist das größte zivilgesellschaftliche Bündnis, das es je in Deutschland gegen den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern gegeben hat. Seit dem Start der Aktion im Jahr 2011 sind dem Bündnis über 100 Organisationen beigetreten.

Kleinwaffen und Munition? Wie kann ich mit einer Aktie in den Aktionärsversammlungen der Daimler AG, von Rheinmetall oder Thyssen-Krupp mit Redebeiträgen gegen die Rüstungsexporte des jeweiligen Unternehmens protestieren?

Am Samstagnachmittag trafen sich die Teilnehmer*innen der Konferenz mitten in der Frankfurter Innenstadt nahe der Paulskirche auf dem Römerberg, um öffentlich und medienwirksam mit der „Frankfurter Erklärung 2017“, musikalischen Darbietungen und Kunstaktionen für einen Stopp des Waffenhandels zu demonstrieren. Vor dem Gerechtigkeitsbrunnen zersägten Aktivist*innen symbolisch Maschinengewehre aus Kunststoff.

Paul Russmann ist Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Geschäftsführer von „Ohne Rüstung Leben“.



Die Frankfurter Erklärung finden Sie auf www.paxchristi.de und auf

www.aufschrei-waffenhandel.de

Die Wahlprüfsteine liegen dieser pax_zeit als Flyer bei.

Drohnen: Wo bleibt der Protest

pax christi und der Paradigmenwechsel in der Militärtechnologie



Foto: shutterstock.com/Burlingham

Der Einsatz von Drohnen verändert die „Kriegskultur“

Josef Roberg

Dies ist ein Zwischenruf von Josef Roberg, der sich seit Jahren mit der Drohnentechnologie und ihren Risiken beschäftigt.

Im letzten Jahr hat die pax_zeit Artikel zu militärischen Drohnen veröffentlicht. Die Technologie wurde ausführlich beleuchtet und die Gefahr für das internationale Völkerrecht beschrieben. Gegner*innen und Befürworter*innen stehen sich unversöhnlich gegenüber: Schutz der Soldat*innen versus Gefahr für das internationale Völkerrecht. Aber was macht pax christi? Warum fehlt der Gegenstrategie der Schwung?

In der gesamten Friedensbewegung, also auch bei pax christi liegt das Drohnenthema weitgehend brach. So wird reflexhaft die Abschaffung von Drohnen gefordert; weitergehende Aktions Schritte bleiben jedoch aus. Auch der Bundesvorstand und eine Kommission haben sich umfassend informiert, wegweisende Strategien zu dieser neuen Militärtechnik sind nicht dabei herausgekommen. Liegt es daran, dass sie für uns keine reale Bedrohung darstellt und schwer zu begreifen ist? Es fehlt die zündende Idee zur Vermittlung des Themas. Nicht ohne Grund gibt es weltweit keine Anti-Drohnenkampagne, die in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Und völkerrechtlich ist gegen Drohnen erst einmal nichts einzuwenden. Drohnen sind ein Transportmittel wie ein Flugzeug, das Waffen zum Einsatz bringt. Jedoch zeigen extralegale Tötungen im nicht erklärten Drohnenkrieg der USA im Südsudan die

Verletzlichkeit des Völkerrechtes. Denn: Auf dem pax christi-Kongress 2015 lernten wir, dass der Einsatz von Drohnen, weil er stattfindet, zum „Gewohnheitsvölkerrecht“ wird.

Paradigmenwechsel in der Waffentechnologie

Die Weiterentwicklung der Technologie verdient höchste Aufmerksamkeit. Bisher werden Drohnen von Soldat*innen gesteuert, auf Menschen schießen noch Menschen. Die Weiterentwicklung zu autonom, ohne Steuerung durch Menschen agierende Waffensysteme, führt zu einem Paradigmenwechsel: Nicht mehr der Mensch entscheidet über Leben und Tod des Gegners, sondern von ihm programmierte Kriegsmaschinen. Wohlgedermt, es gibt zurzeit noch keine vollständig autonomen Waffen, jedoch bewegt sich die Technologie mit großen Schritten in diese Richtung.

Neben technologischen Fragen stehen nun besonders ethische Gesichtspunkte im Focus. Exemplarisch nenne ich zwei Aspekte:

- Welche Bedeutung hat es, dass Entscheidungen über das Leben von Menschen an Maschinen delegiert werden?
- Halten autonome Waffen die Regeln des humanitären Völkerrechts ein? Zum Beispiel: Können diese Systeme sicher zwischen Zivilpersonen und Soldat*innen unterscheiden?

Die zentrale pax christi-Position

Die zentrale pax christi-Position ist die Ablehnung jeglicher Waffen: Waffen, und seien sie auch noch so perfekt, werden



Foto: shutterstock.com / Nestorenko Maksym

Die Weiterentwicklung der Drohnentechnologie muss intensiv beobachtet werden

2013 startete pax christi in den Niederlanden via PAX die Kampagne zum „Stop Killer Robots“

Die Kampagne zum „Stop von Killer Robots“ ruft dazu auf, eine internationale Ächtung solcher automatisierten Waffensysteme zu erwirken noch bevor diese Waffen Verbreitung gefunden haben. Das kann durch nationale und internationale Gesetze und Verträge erreicht werden. Diese Kampagne wurde als zivilgesellschaftliche Antwort auf die Entwicklung autonomer automatisierte Waffensysteme / Killer Robots gegründet, weil diese die Menschlichkeit und die Menschenrechte bedrohen.

keinen Frieden schaffen. Ja, dies ist eine gute Haltung, sie lässt sich auf alle Waffengattungen übertragen; nicht die Waffen, sondern deren Folgen stehen für uns im Focus. Und, bisher sind wir mit diesem Vorgehen gut gefahren. „Legt den Leo an die Kette“, das verstehen viele Menschen.

pax christi hat keine Militärtechnik-Kompetenz – offene Fragen

Koppeln wir uns durch diese Haltung endgültig von der wehrtechnischen Entwicklung ab? Ist es notwendig, als Friedensbewegung über Wissen rund um neue Militärtechnologien zu verfügen? Drohnen sind schließlich nicht das einzige Thema, das uns Friedensbewegte umtreiben könnte. Die Aufrüstung des Internets (Cyberwar) oder der digitalisierte Soldat stehen für tiefgehende Veränderungen im Rüstungsgeschäft. Wird es ausreichend sein, sich weiter auf einem ehrenamtlichen Niveau in dieser neuen Militärwelt zu bewegen? Können wir mit unseren bisherigen Mitteln Einfluss ausüben? Reicht es, „einfach nur“ gegen alle Waffen zu sein?

Der Paradigmenwechsel – mögliche Strategien

Verschiedene Wege sind in dieser Umbruchzeit denkbar:

1. Wir beschließen: Waffenentwicklungen sind für uns uninteressant. Wir sind gegen alle Waffen.
2. Wir beschließen: Der Paradigmenwechsel ändert alles, wir mischen uns ein: Optimistische Beobachter*innen sehen noch eine Chance, den Prozess der Einführung autonomer Waffensysteme zu beeinflussen; vielleicht ein

internationales Verbot zu erwirken oder Regeln für ihren Einsatz zu erstellen. pax christi kann zusammen mit anderen Akteur*innen in eine große Kampagne gegen autonome Waffen aktiv einsteigen. Hierzu wären m.E. erhebliche Anstrengungen und Investitionen notwendig, zumal das Thema so schwer zu kommunizieren ist. Denkbar ist auch, verstärkt mit Sektionen wie den Niederländern zusammen zu arbeiten, die bereits über viel Know-how verfügen.

3. Wir beschließen: Das Thema geht uns an, wir können jedoch die personellen und materiellen Investitionen nicht leisten. Wir kaufen Kompetenz zur Thematik ein und lancieren die Problematik offensiv in die Gesellschaft. Gleichzeitig versuchen wir bestehende Kampagnen so zu stärken, dass sie wahrgenommen werden.

Mir ist nicht klar, welcher Weg notwendig und realistisch ist. Ich bin mir nicht sicher, ob die grundlegende Ablehnung aller Waffen als grundlegende Position ausreichend ist. Ich ahne, der beschriebene Paradigmenwechsel wird zu vielen Veränderungen führen: Militärstrategien, Diplomatie, zwischen- und innerstaatlichen Konflikte, juristische und ethische Fragen. Was wird die Strategie von pax christi und der Friedensbewegung sein?

Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und des pax christi-Bundesvorstandes.

mutig – christlich – solidarisch

Josef Mayr-Nusser



Fotos: Martin Pilgram



Die Grablege für Josef Mayr-Nusser wurde von dem Künstler Eduard Habicher gestaltet

Martin Pilgram / Elena Rother

„Wenn nie jemand den Mut aufbringt, ihnen zu sagen, dass er mit ihren nationalsozialistischen Anschauungen nicht einverstanden ist, dann wird es nicht anders.“ Mit diesen Worten begründete Josef Mayr-Nusser, wissend dass er mit der Verurteilung zum Tode zu rechnen hatte, seine Entscheidung, den Eid auf die Waffen-SS nicht zu leisten. Er konnte sie nicht mit seinem Gewissen und seinem Glauben vereinbaren. Damit widersetzte er sich in eindrucklicher Weise dem menschenverachtenden System der Nationalsozialisten. Am 18. März diesen Jahres wurde er als Märtyrer selig gesprochen.

Josef Mayr-Nusser wurde am 27. Dezember 1910 in Bozen geboren und von Kind an zum katholischen Glauben erzogen. Nach Abschluss der Handelsschule kaufmännischer Angestellter arbeitete er als Buchhalter und Kassierer bei einer örtlichen Firma. Er bildete sich selbstständig weiter und hätte gerne ein Gymnasium besucht, doch das war seiner Familie finanziell nicht möglich. Sein Interesse galt vor allem der Theologie.

Nach seinem Militärdienst 1931/32 trat Mayr-Nusser 1932 der Bozner Vinzenz-Konferenz bei und wurde bald darauf deren Präsident. Als 1933 eine katholische Jugendbewegung aufgebaut wurde, wurde er zum Führer der Jungmänner des deutschsprachigen Teils der Erzdiözese Trient gewählt. Er besuchte die Jugendgruppen, gab Rundbriefe heraus und schrieb Beiträge für die „Jugendwacht“.

Als 1939 alle deutschsprachigen Italiener und Ladinler wählen konnten, ob sie die italienische Staatsbürgerschaft zugunsten der deutschen Reichsbürgerschaft aufgeben und in das Deutsche Reich umsiedeln wollten, entschloss er sich entgegen der Mehrheit in Südtirol zu bleiben und trat dem Andreas-Hofer-Bund bei, in dem sich der südtiroler Widerstand organisierte.

1942 heiratete er Hildegard Straub. Ein Jahr später kam sein Sohn Albert zur Welt. Im September 1943 wurde Südtirol von deutschen Truppen besetzt und Josef Mayr-Nusser ein Jahr später völkerrechtswidrig als italienischer Staatsbürger nach Konitz in Ostpreußen zur Waffen-SS einberufen. Nach der Absolvierung der Ausbildung in der SS weigerte er sich am 3. Oktober 1944 aus Gewissensgründen, den SS-Eid auf Hitler



Josef Mayr-Nusser wurde im März 2017 als Märtyrer in Bozen selig gesprochen

abzulegen und wurde zum Tode verurteilt. Auf dem Weg zu seiner Hinrichtung ins KZ Dachau starb er am 24. Februar 1945 in Erlangen an den Folgen der Misshandlungen und der Entkräftung während seiner Haft. Josef Mayr-Nussers „Nein“ ist ein mutiges „Nein“ gegen eine menschenverachtende Ideologie, ein „Nein“ mit dem er sich der Mehrheit, auch der Mehrheit in seiner Kirche, die sich vor 1945 nicht öffentlich gegen den Nationalsozialismus gewendet hat, entgegenstellte.

Es ist ein christliches „Nein für einen Gott, dem man mehr gehorchen muss als einem menschlichen Führer; ein „Nein“ in dem die Diskrepanz zwischen dem christlichen Glauben und der nationalsozialistischen Ideologie deutlich wird. Und es ist ein solidarisches „Nein“, in dem sein Einsatz für Minderheiten und benachteiligte Gruppen, sowie gegen die deutsche Besatzung zum Ausdruck kommt.“

In ihren Reden zur Seligsprechung hoben die Bischöfe die christliche Motivation Mayr-Nussers für den Widerstand hervor und sprachen ihm eine wichtige Vorbildfunktion für Christ*innen in der Gegenwart zu. Die Seligsprechung ist ein wichtiges Zeichen von Papst Franziskus, den kirchlichen Widerstand im Nationalsozialismus zu würdigen und die

Am 18. März 2017 wurde Josef Mayr-Nusser im Dom von Bozen feierlich selig gesprochen. Seine sterblichen Überreste wurden in den Dom überführt und Kardinal Angelo Amato überbrachte unter Anwesenheit zahlreicher kirchlicher Würdenträger die Papstbotschaft zur Seligsprechung. Am folgenden Tag fand ein Dankgottesdienst mit lebendigem Taufgedächtnis und Reliquienprozession statt.

Am 13. Juli 2016 hatte Papst Franziskus nach einem elfjährigen Verfahren Mayr-Nussers Martyrium anerkannt. Er würdigte ihn als Widerstandskämpfer aus christlichem Glauben. Das liturgische Fest des neuen Seligen wird der 3. Oktober sein, der Tag seiner Eidesverweigerung.

Für den Vorabend der Seligsprechung hatte pax christi Italien zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Der Selige Anti-Nazi“ eingeladen, bei der über die Biographien Mayr-Nussers und des ebenfalls hingerichteten Kriegsdienstverweigerers Franz Jägerstätter gesprochen und Projekte zu ihrem Andenken vorgestellt wurden.

Position der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus zumindest aus heutiger Perspektive deutlich zu machen.

Solch eine Würdigung mutiger Menschen stellt uns selbst vor die Frage, wo Widerstand zu leisten ist. Wir können das Handeln von Josef Mayr-Nusser als Aufforderung sehen, „Nein“ zu sagen wo es nötig ist und uns mit Überzeugung zu dem zu bekennen was uns wichtig ist – mutig, christlich, solidarisch.

Martin Pilgram ist Vorsitzender von pax christi München & Freising. / Elena Rother hat im Freiwilligen Friedensdienst in der Ukraine gearbeitet und absolviert zurzeit ein Praktikum im pax christi-Sekretariat.



Die Diözese Bozen-Brixen erinnert unter den Schlagworten „mutig-christlich-solidarisch“ an Mayr-Nusser und hat unter www.josef-mayr-nusser.it umfangreiche Informationen zusammengestellt.

Ostermärsche 2017

Für den Frieden auf den Straßen



Foto: pax christi Gruppe Saar

© Herbert Sauerwein

In Saarbrücken setzten pax christi-Mitglieder ein Zeichen gegen den Krieg

Elena Rother

Auch in diesem Jahr fanden wieder zahlreiche Ostermärsche statt: In Berlin, Frankfurt, Köln, Hamburg und Erlangen versammelten sich Menschen, um für Frieden und gegen Waffenexporte, die Erhöhung der Rüstungsausgaben und Aufrüstung zu demonstrieren. Bei Kundgebungen wurden die Anwesenden in ihrem Engagement bestärkt und zu weiterem aktiven Einsatz für gewaltfreie Konfliktlösungen aufgerufen.

Die wichtigsten Themen dieses Jahr waren der Krieg in Syrien, der Ukraine Konflikt, ein Ende des Rüstungsexports, das Verhältnis von Westeuropa zu Russland und die weltweite Aufrüstung und Militarisierung, insbesondere unter dem US-Präsidenten Donald Trump; aber auch lokalpolitische Themen spielten eine Rolle.

Zeit für Abrüstung

In Erlangen rief die pax christi-Vorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler die Demonstrierenden dazu auf, sich Freude und Hoffnung nicht nehmen zu lassen und Gesicht zu zeigen: „Ostern ist Aufstand; Aufstand für das Leben“ und sei von daher ein passender Tag, um auf die Straße zu gehen. Weltweit seien im Jahr 2015 laut des Friedensforschungsinstituts SIPRI 1.676 Milliarden US-Dollar für Waffen und Soldaten ausgegeben worden. Dieses Geld könne sinnvoller eingesetzt werden,

etwa für die Erreichung der Ziele der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Engagement, gerade auch in der Politik, verlange viel Ausdauer, Selbstlosigkeit und Respekt und verdiene dafür Anerkennung. „Wir begrüßen Abkommen wie das Iran-Atomabkommen und das Waffenstillstandsabkommen von Minsk (...). Und wir protestieren, wenn sich die Bundesregierung vernünftigen Abrüstungsgesprächen verweigert, wie es bei den Anfang April in New York stattgefundenen Verhandlungen über ein Atomverbot der Fall war.“ Angesichts von Klimawandel und der ungerechten Wasser- und Nahrungsmittelverteilung in der Welt verwies Rösch-Metzler auf die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus. Sie unterstütze seine Forderung nach Kriegsprävention und das Bemühen der Kirche, gerade auch vor einem christlichen Hintergrund zu Friedensfragen Position zu beziehen und sich für Gewaltfreiheit stark zu machen. Vor diesem Hintergrund sprach sie auch die Streichung des Zuschusses der Bischofskonferenz für pax christi an und forderte die Demonstrierenden zur Teilnahme an der Postkartenaktion auf.

Zivile Konfliktbearbeitung statt Säbelrasseln

Auch Waltraud Andruet (pax christi Saar) griff bei ihrer Rede in Saarbrücken Worte von Papst Franziskus auf. „Gewaltfreiheit ist für den Papst unverzichtbarer Stil einer Politik für den Frieden. Sein Aufruf sieht vor, aktive Gewaltfreiheit zum christlichen Lebensstil zu machen.“ Nicht zuletzt aufgrund



Foto: Elena Rother

Auf einzelnen Ostermärschen wurde auch für die Unterstützung von pax christi geworben

seiner Zusicherung, die katholische Kirche werde jeden Versuch begleiten, durch Gewaltfreiheit Frieden aufzubauen, gehöre er „mit hierher in die Friedensbewegung und die Botschaft der Ostermärsche.“ Konsequenterweise praktizierte Gewaltfreiheit habe bereits eindrucksvolle Ergebnisse hervorgebracht. „Es ist höchste Zeit die Rüstungsexporte zu stoppen, die weltweit Konflikte anheizen. Statt einer Erhöhung des deutschen Militärhaushaltes müssen Fluchtursachen und Armut bekämpft werden, konkret muss der Reichtum „umfairteilt“ werden! Wir wollen zivile Konfliktbearbeitung statt Säbelrasseln und Sozialabbau!“

Twitterte der König von Jerusalem vom Tempelberg herunter?

„Militärische Gewalt ist kein Mittel der Politik, sie produziert neue Gewalt. Gerade wir hier in unserem schönen Land sind auf Gedeih und Verderben auf Verständigung, Versöhnung und Frieden in Ost und West angewiesen“, mahnte Paul Schoebel (pax christi Rottenburg-Stuttgart) in Stuttgart. Er rief die Anwesenden dazu auf, dem Frieden selbst ein Gesicht zu geben und „eine Mauer der Friedfertigkeit“ gegen Panzer und Kriegstreiber zu bauen: „Noch nie ist mir das bekannte Jesus-Wort so unter die Haut gefahren wie in diesen Tagen: „Ihr wisst doch“, so heißt es sinngemäß bei Matthäus, „wie es in der Welt zugeht: Die Herrschenden richten die Völker zugrunde und die Mächtigen missbrauchen ihre Macht.“ (Matthäus-Evangelium 20,25). Als hätte damals schon Donald

Trump als König von Jerusalem vom Tempelberg herunter gewittert. Dieser Vogel zwitschert inzwischen rund um den Erdball. Eine Nachtigall klingt anders! Diesem politischen Talent und seiner Laienspielschar ist es in wenigen Wochen gelungen, die Welt noch labiler zu machen als sie ohnehin schon war: Luftschläge gegen Syrien, Kampfschiffe vor Nord-Korea, die Super-Bombe in Afghanistan. Es ist kein gutes Gefühl, dass diesem hochroten Kopf der „Rote Knopf“ auf Schritt und Tritt nachgetragen wird. Manchmal fürchte ich, das Überleben der Menschheit hinge grad mal noch am seidenen Faden einer Befehlsverweigerung.“

In Gronau und Jülich richteten sich die Proteste besonders gegen die Urananreicherungsanlage vor Ort, in der Natururan für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet wird und auch für die Produktion von Atomwaffen nutzbar wäre.

Elena Rother absolviert zurzeit ein Praktikum im pax christi-Sekretariat.



Redebeiträge und Berichte der Medien zu den Ostermärschen 2017 wurden von vom Netzwerk Friedenskooperative zusammengestellt:
www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2017



Kurzmeldungen

Die Meldungen aus den pax christi-Diözesanverbänden finden Sie ab der aktuellen Ausgabe in Kurzform auf dieser Seite. Ausführlicher können die Meldungen auf der pax christi-Homepage nachgelesen werden.

Markus Weber

Aachen

- Kristina Blömer ist seit 1. April 2017 neue Referentin für Friedensarbeit in Aachen

Augsburg

- Alljährliches Gespräch mit Bischof Konrad Zdarasa
- „friedensräume“ eröffneten neue Installation zur Friedensbewegung
- Aufruf zur Demo gegen Abschiebung nach Afghanistan

Bamberg

- Bundestagswahl 2017: Regionale Briefaktion an MdBs gestartet

Berlin

- pax_zeit-Gespräch mit Barbara Esser zu „Ferien vom Krieg“

Essen

- Mauermuseum aus Bethlehem in Essen, Bochum, Hattingen und Duisburg als Beispiel für gewaltfreien Widerstand

Freiburg

- Aufruf zu landesweiter Demo gegen Abschiebehaft und Abbau von Flüchtlingsrechten in Pforzheim
- Netzwerk Friedensbildung BaWü geht unter netzwerk-friedensbildung-bw.de online
- „Deutschland und die Atomwaffen“: Podium mit Bundestagskandidat*innen in Karlsruhe

Fulda, Limburg und Mainz

- Friedensarbeiter Matthias Blöser bietet seit März Veranstaltungen zum couragierten Umgang mit Stammtischparolen an.

München

- Lesung israelischer und palästinensischer Autor*innen zum Tag der Menschenrechte
- Mahnwache am Weltfriedenstag in Erding
- Peter Bürger berichtet von der Rom-Konferenz zum Thema „Gewaltfreiheit und gerechter Friede“ bei der DV
- Beteiligung an der 15. Internationalen Münchner Friedenskonferenz

Osnabrück/Hamburg

- Bei Regionalversammlung in Bremen Vortrag von Hanne-Margret Birckenbach „Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik“

Paderborn

- Stand zu Friedensarbeit beim Job-Infotag an der Uni Paderborn

Rottenburg-Stuttgart

- Friedensreferent Richard Bösch diskutierte Rolle des Militärs in baden-württembergischen Schulen

Trier

- Vortrag zu aktuellen Formen des Antisemitismus mit Berliner Antisemitismusforscherin Juliane Wetzel
- pax christi Saar mit dabei: Auftakt „Krieg beginnt hier“ vor Rüstungskonzern Diehl in Nonnweiler

Praxis-Tipp

Die „Frage des Monats“

pax christi Münster sucht den politischen Dialog über friedensrelevante Themen.

Daniel Kim Hügel

pax christi Münster geht einen originellen Weg zur Auseinandersetzung über aktuelle Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit der „Frage des Monats“ wenden sie sich monatlich an ausgewählte politische Vertreter*innen. Auf ihre Frage erhoffen sie sich interessante und gegensätzliche Meinungsäußerungen. Zu den Antworten erstellt jeweils ein pax christi-Mitglied einen Kommentar. Antworten und Kommentare werden auf der Homepage www.muenster.paxchristi.de veröffentlicht. So trägt pax christi Münster zur Meinungsbildung über friedensrelevante Themen bei.

Hintergrund

Gestartet wurde dieses Projekt erstmalig von Mai 2012 bis Mai 2013 im Bundestagswahlkampf. Damals gingen Fragen zum Rüstungsexport an Münsteraner Politiker*innen der im Bundestag vertretenen Parteien. Der Impuls zur Neuauflage ging von einer lebhaften Email-Diskussion über die Werbestrategien der Bundeswehr aus, die sich nach einem Leserbrief in der lokalen Presse zwischen einem CDU-Mitglied und der pax christi-Diözesanvorsitzenden ergab.

Ziel

Die „Frage des Monats“ in Kombination mit dem Kommentar aus der pax christi-Bewegung fördert in Zeiten zunehmender Streit-Unkultur den politischen Dialog. Aktuell geht es nicht um eine Art „Wahlprüfsteine“, sondern um einen Ort für eine Debatte, der jederzeit und von überall erreichbar ist. So schafft der Diözesanverband eine Diskussionsplattform auch für die, die nicht zu Veranstaltungen in Münster anreisen können. Die Themen der „Frage des Monats“ sind breit gestreut: die Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, die Abschaffung der Nuklearwaffen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des neuen US-Präsidenten, der Syrienkrieg mit einem Fokus auf die Politik der deutschen Bundesregierung – weitere werden folgen.

Fazit

Vier Monate nach Beginn der Aktion ein Zwischenfazit: Es ist schwer, regelmäßig Teilnehmende zu gewinnen. Von angesprochenen Linken-Politiker*innen gab es bisher keine Resonanz; wir mussten auf einen Vertreter der Friedenskooperative Münster zurückgreifen, der „linke“ Positionen vertritt. Wir wissen auch leider nicht, wer die Veröffentlichungen auf unserer Homepage tatsächlich liest; es gab bisher keine direkten Reaktionen wie Emails oder Leser*innenbriefe darauf. Für die Kommentator*innen von pax christi ist die „Frage des Monats“ in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung: Sie lernen die Argumentationen von örtlichen Politiker*innen kennen, sie müssen die eigene Position auf knappem Raum und verständlich formulieren und gleichzeitig mit Namen und Meinung im Internet präsent sein und dafür geradestehen. Das trägt auch zur Profilierung von pax christi bei, wie wir hoffen. Nach Abschluss des Projekts am Ende des Jahres planen wir eine detaillierte Auswertung.

Tipp

- ▶ Macht Politiker*innen in eurem jeweiligen Einzugsbereich aus, die an ernsthafte Auseinandersetzung interessiert sind!
- ▶ Sprecht die Themen an, die euch und euren Mitgliedern unter den Nägeln brennen!
- ▶ Versucht, möglichst verschiedene eurer Mitglieder für Kommentare zu gewinnen und so ins Feld der Aufmerksamkeit zu rücken!
- ▶ Erprobt und trainiert eure eigene Konflikt- und Dialogfähigkeit!
- ▶ Prüft, ob für euch und euer Umfeld das Internet das Medium der Wahl ist!

Daniel Kim Hügel ist Friedensarbeiter für den pax christi- Diözesanverband Münster



Alle „Fragen des Monats“ mit Antworten und Kommentaren sind auf der Homepage www.muenster.paxchristi.de unter der Rubrik „Frage des Monats“ zu finden.

Nachrichten aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Gedenken in Frankreich

Im April 2018 organisiert die französische pax christi-Sektion in Arras eine mehrtägige Veranstaltung zum Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. pax christi-Mitglieder aus europäischen Ländern werden vier Tage gemeinsam in und um Arras in Nordfrankreich unterwegs sein. Hierzu lädt der Bundesvorstand alle Mitglieder ein. Ansprechpartner ist Horst Peter Rauguth.

Ukrainereise

Der Bundesvorstand bietet vom 10. – 17.09.2017 eine Reise in die Ukraine an, um Kontakte zur dortigen Zivilgesellschaft aufzubauen und das Land kennen zu lernen. Infos und Anmeldung: sekretariat@paxchristi.de

VDD

Viele Medien berichteten über die geplante Streichung der Förderung der pax christi-Sektion durch die Deutsche Bischofskonferenz. Viele Menschen haben sich für pax christi eingesetzt. Dafür dankt der Bundesvorstand allen sehr! Wir starteten eine Postkartenaktion und eine Online-Petition, die über 7.000 Unterzeichner*innen fand. Im März kam es zu einem Gespräch mit Vertretern der Bischofskonferenz. Es gibt nun eine Überprüfung der Sparbeschlüsse und im Juni bekommen wir voraussichtlich Bescheid.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Geld gegen Hunger statt für Militär!

Angesichts der drohenden Hungerkatastrophe in Afrika forderte die Kommission Friedenspolitik am 12. April, die deutsche NATO-Beitragserhöhung an die Hilfswerke der UNO umzuwidmen. 20 Millionen Menschen im Südsudan, Nigeria, Somalia und Jemen seien akut vom Hungertod bedroht, aber erst zehn Prozent der bis März von der UN benötigten 4,4 Milliarden Dollar eingezahlt.

Petition an Mogharini: EU-Abkommen mit Israel aussetzen

Am 15. Februar rief die Nahostkommission auf, die Brief-Petition von pax christi International an die EU-Außenbeauftragte Mogherini zu unterschreiben, nach der Genehmigung weiterer tausender israelischer Siedlungswohnungen im besetzten Ostjerusalem und im Westjordanland, den Assoziationsvertrag zwischen der EU und Israel auszusetzen.

Menschenrechtsbeobachter*innen in Palästina und Israel

EAPPI sucht Freiwillige als internationale Begleitpersonen für einen dreimonatigen Einsatz in Palästina und Israel. Sie dokumentieren den Alltag unter Besatzung und gewähren schützende Präsenz z.B. auf Schulwegen oder an Checkpoints. Kontakt: eappi@paxchristi.de

Kolumbien: Menschenrechtsverteidiger gefährdet

Nach dem Friedensabkommen in Kolumbien wurden weiter Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet. Auf die kolumbianische Regierung müsse Druck ausgeübt werden, damit sie diese schützt und paramilitärische Einheiten auflöst, erklärte die Eine-Welt-Kommission am 21. März mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

Zur Spirale der Gewalt in der DR Kongo

Im Dezember hatten Regierungsabgeordnete und Oppositionsvertreter sich in der DR Kongo auf einen Ausweg aus der Verfassungskrise geeinigt. Die Politik des Machterhalts der Regierung führt jedoch, so Jean Djamba, Sprecher der Zentralafrika-Kommission, am 28. Februar, zu Gewalt zwischen Milizen und Armee. Nötig seien Zeugnisse aktiver Gewaltfreiheit.

Leserbriefe

Zur pax_zeit 1_2017: Syrien – Frieden in Sicht?

Meiner Meinung nach ist die Berichterstattung ziemlich einseitig. Insbesondere der Artikel von Karin Leukefeld stellt Russland als Friedensbringer hin (neben interessanten und ermutigenden Nachrichten z.B. den lokalen Waffenstillständen) und verschweigt den massiven Militäreinsatz der Russen. Die Gräueltaten des Assad Regimes werden in keinem der 3 Artikel erwähnt. Ich begrüße sehr, wenn nicht nur der Mainstream berichtet wird. Allerdings wünsche ich mir, dass insbesondere pax christi nicht auf einem Auge blind ist.

Ursula Paulus, Köln

Bei der Lektüre habe ich mir die Augen gerieben: Kein Wort von Assads Foltergefängnissen, seinen Giftgaseinsätzen, von Fassbomben und weiteren Kriegsverbrechen. Stattdessen ein Bild von Russland als uneigennützigem Makler, der einen Frieden vermitteln will, vom syrischen Volk, das den Frieden mit seinem Diktator am besten alleine aushandeln kann, und von Assad als mitfühlendem Beschützer der Minderheiten. Ich habe kein Problem, wenn gängige Klischees der Mainstream-Medien gegen den Strich gebürstet werden. Aber wenn die Zusammenstellung einseitiger und einfältiger ist als in jeder noch so ideologisch geprägten deutschen Tageszeitung, dann stimmt für mich etwas nicht mehr!

Michael Rosenberger, Linz

Fürchtet euch nicht!

Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird. Lk 2,10-11

Mitri Raheb

Vor ein paar Wochen nahm ich an einem Treffen von Führungspersonlichkeiten aus dem Mittleren Osten teil. Obwohl wir alle aus unterschiedlichen Situationen kamen, wurde bald klar, daß ein gemeinsames Thema alle unsere Überlegungen durchzog: Furcht.

Die Vertreter aus dem Irak vermittelten uns, wie sie in ihrem Leben ununterbrochen den Bedrohungen durch ISIS ausgesetzt sind. In Syrien versetzen die alltäglichen Bombardierungen die Menschen in Todesangst. Die ägyptischen Kirchenführer werden von der Sorge wegen des wachsenden Einflusses des Fundamentalismus' umgetrieben. Und im Blick auf Palästina berichteten die Teilnehmenden von der Furcht, die die israelische Besatzung verbreitet. Man könnte meinen, dies sei eine speziell mittelöstliche Zeiterscheinung.

Aber bei genauerem Hinsehen erweist sich, daß wir es mit einem globalen Phänomen zu tun haben: Von Frankreich bis nach Brüssel, von Ferguson bis nach Nigeria – Furcht scheint das kennzeichnende Merkmal unseres Jahrhunderts, wenn nicht sogar aller Jahrhunderte zu sein.

Eingebunden in dieses menschliche, globale und lokale Umfeld hören wir das Evangelium: Fürchtet euch nicht! Nie ist mir die Kraft und Wahrheit dieser Botschaft so klargeworden, wie in diesen letzten Wochen. Ich habe gesehen, was Furcht uns Menschen antun kann: Sie lähmt uns, sie treibt uns zu Flucht und Auswanderung, – oder in den Fundamentalismus oder in ein Leben, das wir nicht in seiner Fülle erleben können. Ich habe gesehen, wie Menschen im Osten und im Westen um eines Lebens ohne Furcht willen sterben, wie sie aus Sehnsucht nach dem Frieden auf Erden, nach dem Paradies hier und heute, ihr Leben verlieren. Die Furcht scheint alles im Griff zu haben.

Und doch – bei demselben Treffen war auch eine junge Christin aus Tunesien. Sie schien unter uns allen die einzige Furchtlose zu sein, obwohl gerade sie allen Grund hatte, um ihr Leben zu bangen. Trotzdem war die Frohe Botschaft das, was sie mit uns teilte. Sie lenkte unsere Aufmerksamkeit auf die unerschöpflichen Chancen, die wir im Mittleren Osten haben. Sie verkörperte für mich, was ich hier in Palästina, unter den wahrscheinlich schwierigsten Umständen in der Welt, gelernt habe: daß es bei Furcht nicht um unsere Realität geht, sondern um unsere Wahrnehmung, unsere Sichtweise der Realität.

In Bethlehem ist Gott zu uns gekommen, um uns aus der Furcht herauszureißen, die uns lähmt. Er hat uns davon befreit. Furcht hat ihre Herrschaft über uns verloren. Heißt das, daß wir vor Nöten und Kriegen, Seuchen und Sorgen sicher sind? Ganz gewiß nicht: Wir sind immer noch in unruhig aufgewühlten Wassern unterwegs. Aber wenn uns der Weg durch gefährliche Wasser führt, ist ER mit uns und für uns da, so daß auch mächtige Ströme uns nicht überwältigen.

Mitri Raheb ist Präsident des Diyar Consortium und des Dar al-Kalima University College in Betlehem und evangelisch-lutherischer Pfarrer an der Weihnachtikirche in Betlehem. Er ist einer der Autoren des Kairos-Palästina-Dokuments.

Übersetzung: Jürgen Wehrmann / aus: © Aphorisma | Kairos Palästina



Weltfriedensordnung und Vereinte Nationen stärken

Erklärung zum 8. Mai 2017

Bischof Algermissen

Durch friedliche Mittel und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts alle internationalen Streitigkeiten beizulegen, war die Entscheidung der Völker nach dem Zweiten Weltkrieg. Der 8. Mai mahnt uns auch an die gemeinsame Verantwortung für dieses bisher uneingelöste Versprechen.

Wir erleben, wie das Bestreben der Vereinten Nationen beschädigt wird. Durch militärische Koalitionen wurde der Gewalt Vorrang gegeben; dabei wurden Zerstörungen angeordnet, die neue Gewalt und Gewalttäter geschaffen haben. Wir wissen, dass auch unser Lebensstil und die Politik unseres Landes mit zu den ungerechten internationalen Wirtschaftsstrukturen und zur Klimakatastrophe beitragen. Auf der Suche nach kreativen Schritten, wie Konflikte, die zum Zusammenleben der Menschen dazugehören, friedlich und ohne Waffen und Gewalt bearbeitet werden können, geht pax christi den Weg der aktiven Gewaltfreiheit. Das bedeutet niemals Passivität oder Wegschauen, wenn Menschen bedroht werden. Zu den Herausforderungen unseres Friedensengagements gehört es, die Ziele der Vereinten Nationen zu fördern,



friedliche Schlichtung aller Streitigkeiten und Verzicht auf Gewaltanwendung zu gewährleisten, die Gleichheit und nationale Souveränität aller Staaten zu achten.

Die katholische Friedensbewegung pax christi wird sich niemals mit dem Skandal abfinden, den das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ zur Sprache brachte: „Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt“ (GS 81). In der Konsequenz dessen: „Mitten in einer Welt voll Krieg und Gewalt kann die Kirche nicht als Sakrament des Friedens wirken, wenn sie sich anpasst“ („Gerechter Friede“, Wort der deutschen Bischöfe vom 27.09.2000).

Dies sind Auszüge aus der Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zum 72. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und Krieg am 8. Mai 1945. Den vollständigen Text finden Sie auf www.paxchristi.de